

TOP 3.7.1. Brexit

1. Beschreibung der Problematik

Am 23. Juni 2016 haben sich knapp 52% der britischen BürgerInnen gegen den Verbleib Großbritanniens in der EU ausgesprochen. Das „Brexit“-Votum stellt zweifellos eine historische Zäsur dar: Es ist das erste Mal in der europäischen Integrationsgeschichte, dass ein Mitgliedstaat sich für einen Austritt aus der Gemeinschaft entscheidet. Der europäische Integrationsprozess ist damit nicht mehr unumkehrbar. In der EU stehen nun schwierige Austrittsverhandlungen an, die mit dem Zeitpunkt der Austrittsmitteilung durch Großbritannien (wahrscheinlich nicht mehr in diesem Jahr) beginnen und vorerst auf zwei Jahre begrenzt sind. Eine zentrale Frage wird dabei die Regelung des zukünftigen Zugangs Großbritanniens zum europäischen Binnenmarkt sein. Gleichzeitig wird Großbritannien um eine Beschränkung der Personenfreizügigkeit für EU-BürgerInnen bemüht sein, die eine der zentralen Forderungen der AustrittsbefürworterInnen war.

2. Auswirkungen

Die Vorbildwirkung für andere Länder darf nicht unterschätzt werden. In zahlreichen EU-Staaten wird von (rechts)populistischen politischen Gruppierungen der Ausstieg aus der EU als politisches Programm propagiert.

Die politischen Auswirkungen des Votums in Großbritannien sind beachtlich. Drei Wochen nach dem Brexit-Votum hat in Großbritannien ein Wechsel an der Regierungsspitze stattgefunden. Die bisherige Innenministerin Theresa May löste am 13. Juli den seit 2010 regierenden David Cameron ab. Ihr wird die historische Aufgabe zufallen, das Land aus der EU zu führen. Mit zwei umstrittenen Personalentscheidungen hat sie allerdings bereits in Brüssel für Erstaunen bzw. Irritation gesorgt: Mit dem ehemaligen Bürgermeister von London und Anführer der Brexit-Bewegung – Boris Johnson – als Außenminister und David Davis, der den neu geschaffenen Posten eines Brexit-Ministers einnimmt, hat sie zwei ausgewiesene EU-Gegner in wichtige Positionen gehievt.

Großbritannien wird seine EU-Ratspräsidentschaft nicht wie geplant in der zweiten Jahreshälfte 2017 übernehmen. Dies hat zur Folge, dass die weiteren Präsidentschaften vorgereicht werden, Österreich wird daher bereits von Juli bis Dezember 2018 die EU-Präsidentschaft übernehmen.

Die ökonomischen Auswirkungen sind besonders deutlich für Großbritannien. WirtschaftsforscherInnen gehen davon aus, dass der Brexit den ohnehin nur mäßigen Aufschwung im Euroraum bereits 2016, aber stärker noch 2017 abschwächen wird. Der IWF schätzt, dass der Rest der EU bis 2018 Verluste in Höhe von 0,2 bis 0,5% der Wirtschaftsleistung erleiden könnte. Vor dem Hintergrund einer ohnehin nicht gerade sehr dynamischen Wirtschaftslage in der EU und der Eurozone kann der Schaden allerdings langfristig höher sein. Besonders wenn sich die Unsicherheit bezüglich Austritt bzw. die Verhandlungen lange hinziehen. In Großbritannien stemmt sich bereits die Bank of England mit einer Zinssenkung und umfangreichen Wertpapieraufkäufen gegen die drohenden Anzeichen eines massiven Konjunkturabschwungs, für 2017 hat sie ihre Prognose für das BIP-Wachstum von 2,3 auf 0,8% gesenkt.

Die kurzfristigen ökonomischen Auswirkungen für Österreich werden aufgrund der vergleichsweise niedrigen Intensität der wirtschaftlichen Verflechtungen der beiden Länder als gering eingeschätzt.

3. Weitere Vorgangsweise

Der Ausgang des UK-Referendums war zentrales Thema beim Europäischen Rat am 28./29. Juni 2016 und eines Sonder-Plenums des Europäischen Parlaments am 28. Juni in Anwesenheit von Kommissionspräsident Juncker und dem gesamten EK-Kollegium. Die Debatte im Plenum wurde sehr emotional geführt. In einer gemeinsam von EVP, S&D, ALDE und Grünen eingebrachten und mehrheitlich angenommenen Entschließung wird u.a. ein rascher Beginn des Austrittsverfahrens gefordert und die EU-Zugeständnisse an UK vom Februar 2016 als nichtig bezeichnet. Das Parlament fordert zu einer kritischen Reflexion über die Zukunft Europas auf. Auch der Europäische Rat drängte auf eine rasche Vorlage des Austrittsantrags, äußerte jedoch auch angesichts der massiven politischen Turbulenzen in Großbritannien Verständnis dafür, dass UK dazu etwas Zeit eingeräumt werden müsse. Die Staats- und Regierungschefs machten jedoch klar, dass es vor Einreichung der offiziellen Mitteilung zum EU-Austritt weder formelle noch informelle Verhandlungen über die Austrittsmodalitäten oder den zukünftigen Status Großbritanniens geben könne. Am 29. Juni fand zudem ein informelles Treffen der EU-27 (ohne Großbritannien) statt. In einer Erklärung wird das Ergebnis des Referendums bedauert, das Procedere des Austrittsverfahrens kurz umrissen und darauf hingewiesen, dass das EU-Recht weiter zur Anwendung kommt, bis UK die Union verlässt. Gleichzeitig wird der Startschuss für den Beginn einer politischen Reflexion für die weitere Entwicklung der Union gegeben. Am 16. September 2016 wird der Europäische Rat auf einer informellen Tagung in Bratislava eine erste Bilanz ziehen.

4. Position/Forderung der AK

Vieles spricht dafür, dass in der Entscheidung für den Brexit eine Anti-Establishment-Stimmung zum Ausdruck kommt – ein Protest gegen die langfristigen Folgen der Globalisierung und Neoliberalisierung, verbunden mit dem Appell an die EntscheidungsträgerInnen, einen grundlegenden Kurswechsel einzuläuten und die konkreten Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Die bisherige fehlgeleitete Krisenbewältigungspolitik – die insbesondere aus strikter Sparpolitik, Lohndruck nach unten und einseitigen Wirtschaftsreformen zur Erlangung von Wettbewerbsfähigkeit bestand – hat die Krise in der EU verschärft und das Vertrauen der europäischen BürgerInnen in die EU nachhaltig erodiert.

Vor diesem Hintergrund könnte sich der Brexit als Chance für ein neues Europa erweisen, wenn die richtigen Lehren gezogen werden. In der Erklärung der EU-27 vom 29. Juni 2016 heißt es richtigerweise, dass die europäischen BürgerInnen bessere Ergebnisse erwarten, „wenn es darum geht, Sicherheit, Beschäftigung und Wachstum zu gewährleisten und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben“.

Ein weiteres Auseinanderbrechen der Europäischen Union kann nur dann verhindert werden, wenn die Förderung der Binnennachfrage, Investitionen in eine nachhaltige soziale und ökologische Infrastruktur und eine faire Verteilung des Wohlstandes ins Zentrum der europäischen Politik rücken. Die beiliegende Sonderausgabe des EU-Infobriefs vom Juli 2016 „Brexit – Wie weiter in Europa?“ analysiert die wesentlichen Aspekte im Zusammenhang mit dem Brexit und definiert zentrale Eckpunkte des dringend notwendigen Kurswechsels in Europa.